

Stand: 05.05.2026 17:13:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1437

"Kein Verscherbeln durch die Hintertür - Schutz vor Umwandlung auch für GBW-Mieter!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1437 vom 02.04.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2341 des HA vom 05.06.2014
4. Beschluss des Plenums 17/2487 vom 01.07.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 01.07.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Hans-Ulrich Pfaffmann** und **Fraktion (SPD)**

Kein Verscherbeln durch die Hintertür – Schutz vor Umwandlung auch für GBW-Mieter!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Aushebeln des Umwandlungsverbots bei GBW-Wohnungen zu verhindern und sich dafür einzusetzen, dass die Mieter und Mieterinnen umfassend über ihre Rechte und die Zukunft der GBW-Wohnungen informiert werden.

Insbesondere sind die folgenden Schritte einzuleiten:

1. Die Staatsregierung stellt Untersuchungen an, inwiefern der Verdacht zutreffend ist, dass die Patrizia AG durch die Vergabe von so genannten Vormerkungsberechtigungen für Eigentumsanteile an GBW-Mitarbeiter den am 1. März 2014 in Kraft getretenen kommunalen Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu umgehen versucht. Insbesondere ist in Erfahrung zu bringen, für wie viele GBW-Wohnungen solche Berechtigungen vergeben wurden und wo sich die entsprechenden Wohnungen befinden. Darüber hinaus prüft die Staatsregierung, auf welche Weise solch ein systematisches Unterlaufen der neuen Verordnung zu verhindern ist. Über die Ergebnisse dieser Untersuchung und Prüfung ist dem federführenden Ausschuss zu berichten.
2. Die Staatsregierung wirkt darauf hin, dass Dr. Günther Beckstein, der von der Patrizia AG zum Ombudsmann bestellt wurde, sich schriftlich an alle Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen wendet und diese über seine Funktion als Ansprechperson für Beratung sowie Unterstützung bei der Durchsetzung der Mieterrechte aufklärt. Vor allem soll der Ombudsmann auch darüber informieren, wie sich die Mieterinnen und Mieter vor Vertreibung aus ihrer Wohnung, Mieterhöhungen etc. schützen können, also ihren durch die Sozialcharta versprochenen Mieterschutz realisieren können.

Begründung:

Seit dem Verkauf der GBW-Wohnungen an die Patrizia AG versetzt eine Hiobsbotschaft nach der anderen die Mieter und Mieterinnen in Angst und Schrecken. So fanden einige beispielsweise kurze Zeit nach Verkauf des Unternehmens die Ankündigung von drastischen Miethöhungen in ihren Briefkästen. Mieterinnen und Mieter, wohl vorrangig im Großraum München, wurden dazu aufgefordert, ihre Wohnungen von potenziellen Käufern besichtigen zu lassen. Erste Wohnungen wurden wohl sogar bereits verkauft. Es ist die Rede von über 200 Wohnungen. Das kommunale Vorkaufsrecht wird nur unter einem pauschalierten Kostenzuschlag von fünf Prozent gewährt. Es gibt auch Hinweise, dass Vorkaufsrechte nicht korrekt kommuniziert werden.

Seit der vergangenen Woche gibt es Hinweise darauf, dass die Patrizia AG durch Trickereien versucht, das Umwandlungsverbot zu umgehen, um den Wohnungsbestand zu filetieren und so möglichst großen Profit daraus zu schlagen. Dieser Verdacht wird bereits durch die unübersichtliche Struktur des Konsortiums um die Patrizia AG nahe gelegt, die der Gesellschaftsstruktur eines so genannten „Shareholder Optimizers“ entspricht. Nun wurde publik, dass so genannte Vormerkungsberechtigungen für Eigentumsanteile vergeben wurden – und zwar an GBW-Mitarbeiter und kurz vor Inkrafttreten des Umwandlungsverbots am 1. März 2014, das insbesondere vor Spekulationsgeschäften schützen soll. Die Mieterinteressen scheinen den neuen Eigentümern der GBW ziemlich gleichgültig zu sein. So wirkt die Sozialcharta wie ein reines Placebo – gleiches gilt für die Einsetzung eines Ombudsmannes, der mit Dr. Günther Beckstein zwar prominent besetzt wurde, von dessen Existenz jedoch die Mehrzahl derjenigen, für deren Anliegen Beckstein sich einsetzen soll, jedoch gar nichts wissen.

Die Staatsregierung steht in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass die rund 85.000 Mieterinnen und Mieter der GBW – u.E. Hauptleidtragende des Versagens der Staatsregierung beim Skandal um die BayernLB – vor Mieterhöhungen und/oder Vertreibungen aus ihren Wohnungen geschützt werden und umfassend über ihre Rechte und die Vorgänge um die GBW-Wohnungen informiert werden.

Verhältnismäßigkeit und Chancengleichheit sind es auch, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dann fordern Sie, dass endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden muss.

Liebe Frau Karl, nichts anderes fordert Herr Vaatz. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir gemeinsam, CDU, CSU und SPD, vereinbart – ich zitiere auch da -:

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Der Ball liegt aber nicht im Spielfeld der Bayerischen Staatsregierung – das wissen Sie -, sondern in dem der Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Sie gehört Ihrer Partei an, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dieser Hinweis muss auch in dieser Debatte erlaubt sein. Fakt ist: Die Bundesministerin hat den Auftrag, hier die notwendigen Prüfungen und Gespräche durchzuführen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Dem Vernehmen nach verzögert sich dieser jedoch unter anderem wegen schwieriger verfassungsrechtlicher Fragestellungen.

Wie Sie wissen, ist auch die Haltung unter den Gewerkschaften nicht einheitlich. So hat der Vorsitzende von "ver.di", Herr Bsirske, erst am 31. März eine gesetzliche Regelung abgelehnt.

Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist klar, meine Damen und Herren. Wir stehen für Gewerkschaftspluralität und Koalitionsfreiheit, die Verhältnismäßigkeit und Chancengerechtigkeit wahrt. Um ein verfassungskonformes Vorgehen zu gewährleisten, sind drei Punkte unverzichtbar:

Erstens. Wir brauchen eine enge Einbindung aller betroffener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Erfahrungen in der Praxis mit der Rechtsprechungsänderung zu berücksichtigen.

Zweitens. Wir müssen die Balance zwischen allen betroffenen Interessen und Positionen wahren.

Drittens. Es darf zu keiner Verdrängung von Berufsgruppen- und Spartengewerkschaften kommen. Ihre Rechte aus Artikel 9 des Grundgesetzes müssen gewahrt bleiben.

In diesem Sinn wird sich die Bayerische Staatsregierung in den Gesetzgebungsprozess einbringen, so wie es auch der Dringlichkeitsantrag der CSU treffend formuliert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung steht für eine ausgewogene und verfassungskonforme Regelung der Tarifeinheit. Lassen Sie uns deshalb weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Der Antrag kann damit als erledigt gelten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: (nicht autorisiert) Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar rufe ich zunächst den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1433 auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wir bleiben bei fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.05 bis 16.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen jetzt unsere Abstimmung. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich bitte einen Moment um Geduld. Wir haben jetzt noch eine namentliche Abstimmung und dann noch einen Antrag. Danach ist es für heute schon geschafft. Ich rufe jetzt für die namentliche Abstimmung die Drucksache 17/1468 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – auf. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb ausgezählt.

Inzwischen darf ich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt von der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

Bevor ich aber diesen Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst noch Abstimmungsergebnisse bekannt geben, zunächst einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion

(FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiegewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern". Das ist die Drucksache 17/1434, zunächst zur Nummer 1. Mit Ja haben gestimmt 29, mit Nein haben gestimmt 86, und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 1 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiegewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern", Drucksache 17/1434, Nummer 2. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 84. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 2 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1435 bis 1439, 1441 und 1469 bis 1471 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit komme ich zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drs. 17/261)

Als erste Rednerin darf ich Frau Kollegin Stamm ans Rednerpult bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): (nicht autorisiert) (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen! Im Juli 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht: In der Hinterbliebenenversorgung muss der Dienstherr die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe gleich behandeln. In dem Urteil heißt es: Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar. Weiterhin heißt es: Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer Lebensformen einher – ich kürze ab -, rechtfertigt der bloße Verweis auf

das Schutzgebot der Ehe eine solche Differenzierung nicht.

Im August 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass das Amtsgericht Schweinfurt unrecht hatte, als es davon ausging, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft verfassungswidrig sei. Diese Vorschrift betrifft Adoptionsverfahren, bei denen eine Partnerin einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft das leibliche Kind der anderen Partnerin als Kind annehmen möchte. Das Gericht hatte dies für verfassungswidrig gehalten, weil Eltern immer ein Mann und eine Frau sein müssten. Auch das wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Im Juli 2010 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass Lebenspartnerschaft und Ehe bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer gleich zu behandeln sind. Im Juni 2012 ergehen zum beamtenrechtlichen Familienzuschlag das gleiche Urteil und die gleiche Beurteilung wie bei der Hinterbliebenenversorgung im Jahr 2009.

Ich könnte so weitermachen, also ein Bundesverfassungsgerichtsurteil nach dem anderen aufzählen. Das war nur ein Ausschnitt dessen, was die Politik wie die Richter in Karlsruhe nach und nach jedes Mal beschäftigt, wobei das Gericht die Politik eigentlich jedes Mal abwatscht; anders kann man das nicht nennen.

Eigentlich ist das eine Reihe von Peinlichkeiten. Dabei könnte es so einfach sein, die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen. Zur Anpassung der Lebenspartnerschaft an die Ehe muss der Gesetzgeber noch 150 Vorschriften in 60 Gesetzen und Verordnungen anpassen. Die Ehe für alle zu öffnen, wäre ein großer Schritt in Sachen Gerechtigkeit. Das Stückwerk muss ein Ende haben, statt immer wieder neue Gesetze anzupassen. Machen Sie es doch den Schwulen und Lesben, uns, den Richterinnen und Richtern leichter! Machen Sie es vor allem, liebe CSU, den Schwulen und Lesben in Ihren Reihen leichter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gewürge von SPD und Union um jeden einzelnen Paragraphen muss ein Ende haben. Es ist für uns Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft unwürdig, so zu handeln. Die Politik und nicht Karlsruhe sollte hier das Heft des Handelns in der Hand haben. Stimmen Sie unserem Antrag zu, öffnen Sie die Ehe, und dann ist es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/1437

**Kein Verscherbeln durch die Hintertür - Schutz vor Umwandlung
auch für GBW-Mieter!**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Bayerische Landtag begrüßt die bereits ergriffenen Initiativen der Staatsregierung zur Sicherung der Rechte der GBW-Mieter und bittet sie, diese im Hinblick auf etwaige Versuche der Käuferin, Umwandlungsverbote zu umgehen, fortzusetzen und dem Haushaltsausschuss darüber zu berichten.“

Berichterstatter: **Harald Güller**
Mitberichterstatter: **Ernst Weidenbusch**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 26. Sitzung am 14. Mai 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 16. Sitzung am 5. Juni 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/1437, 17/2341

Kein Verscherbeln durch die Hintertür – Schutz vor Umwandlung auch für GBW-Mieter!

Der Landtag begrüßt die bereits ergriffenen Initiativen der Staatsregierung zur Sicherung der Rechte der GBW-Mieter und bittet sie, diese im Hinblick auf etwaige Versuche der Käuferin, Umwandlungsverbote zu umgehen, fortzusetzen und dem Haushaltsausschuss darüber zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 14, die einzeln beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
 Ausbauplan für Guten Ganztage an Bayerns Schulen vorlegen
 Drs. 17/1057, 17/2428 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Ausbauplan für bedarfsgerechten Ganztagsplatz für jede Schülerin und jeden Schüler bis einschließlich der 9. Klasse vorlegen: Qualität und pädagogischer Mehrwert sind grundlegend
 Drs. 17/1089, 17/2429 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moderne Unterrichtsformen, Inklusion und Ganztagschulen benötigen räumliche Voraussetzungen: Schulbauverordnung anpassen und räumlichen Bedarf je Schüler erhöhen!
Drs. 17/1091, 17/2430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Änderung der Förderrichtlinie für Bauvorhaben nach Art. 10 FAG bei energetischen Sanierungen
Drs. 17/1092, 17/2340 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (ENTH)

5. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Wolfgang Fackler u.a. CSU,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Markus Rinderspacher, Horst Arnold u.a. SPD
Luftlande- und Lufttransport-Ausbildung in Altstadt erhalten
Drs. 17/1362, 17/2395 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (ENTH)

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen XII
Akademisierung in der Pflege ausbauen
Drs. 17/1367, 17/2373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Kein Verscherbeln durch die Hintertür –
Schutz vor Umwandlung auch für GBW-Mieter!
Drs. 17/1437, 17/2341 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner u.a. CSU
Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Evaluation der Grenzreform
Drs. 17/1505, 17/2297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umsetzung des Pflegebonus nach dem bayerischen
Bildungsfinanzierungsgesetz – Anspruch auf den Pflegebonus nicht länger an
den Anspruch auf Betriebskostenzuschuss knüpfen
Drs. 17/1605, 17/2431 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jagd- und Fischereimuseum
Drs. 17/1607, 17/2322 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulleitung und -verwaltung von „Doppelschulen“
(Grundschule und Mittelschule) stärken!
Drs. 17/1618, 17/2432 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Zwischenbilanz aus dem seit 10 Jahren laufenden Programm „Mammographie-Screening“
Drs. 17/1757, 17/2392 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Internationaler Tag der Pflegenden 2014:
Generalistische Pflegeausbildung – aber richtig!
Drs. 17/1787, 17/2393 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
CETA – Freihandelsabkommen Kanada – EU –
Keine Zustimmung bei Investorenschutz
Drs. 17/1789, 17/2385 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gedenkort Außenlager Kaufering VII
Drs. 17/1810, 17/2323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm: Keine Abschlüsse für Ökobetriebe bei der Förderung
Drs. 17/1813, 17/2390 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm: Kombinierbarkeit der extensiven Grünlandnutzung mit dem Ökolandbau ermöglichen
Drs. 17/1814, 17/2391 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Erleichterte Umschulung in der Altenpflege
Drs. 17/1821, 17/2394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD
Bericht zum Schwabinger Kunstfund
Drs. 17/1879, 17/2324 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Anhörung nach § 173 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 17/1967, 17/2386 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Volksbefragung
Drs. 17/1969, 17/2387 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>